Wendepunkte

• Energiepolitik • Mobilität • Umweltpolitik
• Industrie- und Dienstleistungspolitik • Strukturpolitik

DGB

Nr. 14 / 25.10.2013

Mehr Bewegung bitte! Dietmar Hexel zur Bundestagswahl ……..….**Seite 1**	**Energiewende auf Spur bringen:** Forderungen des DGB zur Energiepolitik.....**Seite 2**	**Zeit zum Handeln:** Forderungen des DGB zur Verkehrspolitik ……..**Seite 4**	**Zurück zur Industrie:** Debatte zur europäischen Industriepolitik .....**Seite 6**	**Plattform:** Pressemitteilungen und Veranstaltungen der Abteilung IDS.....**Seite 8**

Mehr Bewegung bitte!

In den Medien war von einer „Liebesheirat" die Rede. Im Koalitionsvertrag wurde vollmundig versprochen „Wir stellen den Mut zur Zukunft der Verzagtheit entgegen". So startete im Oktober 2009 die nun beendete schwarz-gelbe Koalition. Im Laufe der letzten vier Jahren mussten wir feststellen, dass die Liebe mehr und mehr einer tiefen Zerstrittenheit gewichen ist und der Mut durch Verzagtheit ersetzt wurde.

Für jeden politisch denkenden Menschen waren vor allem die letzten zwei Jahre dieser Koalition quälend. Es war schwer auszuhalten, einerseits den Berg drängender Herausforderungen zu sehen und andererseits eine Regierung, die nicht mehr handelt und deren vorrangiges Ziel es ist, das Land einzulullen. An die neue Bundesregierung haben wir eine klare Forderung: mehr Bewegung bitte!

Um Deutschland eine gute Zukunft zu sichern, brauchen wir Dynamiker im Kabinett, die etwas wollen für dieses Land und Gestaltungswillen mitbringen. Nirgendwo wird das so deutlich wie bei der Energiewende. Deutschland könnte ein internationales Vorbild sein, Deutschland könnte entscheidend mithelfen, die Menschheit aus der Klimafalle zu befreien, in die wir uns selbst begeben haben. „Könnte", denn in Wirklichkeit bietet unsere Energiepolitik ein Bild heilloser Konfusion.

Nach dem erneuten Ausstiegsbeschluss, der nur ein halbes Jahr nach der Laufzeitverlängerung kam, hat die abgewählte Koalition nie mehr Tritt gefasst in der Energiepolitik. Die Energiepolitik ist so zu einem unbestellten Feld mit Wildwuchs nach allen Seiten geworden. Es fehlt an einer Gesamtarchitektur und einem verbindlichen Beteiligungsprozess aller Hauptbeteiligten. Kein Wunder, um im Bild zu bleiben, dass man weder säen noch ernten kann. Investoren halten sich zurück, alteingesessene Konzerne verdienen selbst mit nagelneuen Kraftwerken kein Geld mehr. Selbst die Braunkohle schwächelt. So kann es nicht weitergehen. Eine Gesamtarchitektur und ein Masterplan Energiewende müssen her. Nur so entsteht wieder Planungssicherheit und Motivation.

Schlagzeilen macht erneut der Strompreis. Dadurch sind leider viele Themen in den Hintergrund geraten, die Aufmerksamkeit brauchen und dringend bearbeitet werden müssen. Energieeffizienz, und die Verkehrs- und Infrastrukturpolitik gehören dazu. Ohne eine Verkehrswende gibt es keine Energiewende. Nur mit einer Energieeffizienz-Kampagne werden wir Energie einsparen und dadurch die Zeit gewinnen, die wir für die Entwicklung von Netzen, Speichern und Fachkräften brauchen.

Die CDU/CSU/FDP Koalition hatte bei der Energiewende und dem Aufbau der Infrastruktur nicht viel vorzuweisen. Das darf auf keinen Fall so nicht bleiben. Zurzeit wird geflickt, statt erneuert. Ein hochentwickeltes Industrie- und Dienstleistungsland wie Deutschland braucht dringend eine funktionierende Infrastruktur. Dazu gehört auch ein Mobilitätssystem, das fließt anstatt steht und den - insbesondere klimapolitischen - Herausforderungen der Zukunft gerecht wird.

Das ist eine gewaltige Aufgabe angesichts der Komplexität und der langen Investitionszyklen, die die Veränderungen erfordern. Umso wichtiger, dass sie endlich angepackt wird. Mindestens 7 Mrd. € pro Jahr für die Verkehrsinfrastruktur und 25 Mrd. € jährlich für die Energiewende. Wenn es eine Große Koalition geben sollte, dann wären das (zusätzlich zu Mindestlohn, Tarifeinheit, Werkverträgen, Leiharbeit und Renten) große Aufgaben, für die eine solche Koalition die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen muss. Haben die Verhandler/innen das auf dem Radarschirm? Wenn ja, wie sieht die Finanzierung aus?

Wir brauchen insgesamt einen Kurswechsel hin zu umweltverträglichen und ressourcenschonenden Produkten und Dienstleistungen und einen neuen Typus von qualitativem Wachstum. Soziale Sicherheit und eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt, Gute Arbeit, Bildung, Qualifizierung sowie mutige Entscheidungen für den Umbau zu einer sozial-ökologischen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft und die aktive Beteiligung von Arbeitnehmern und Bürgern sind weitere zentrale Aspekte, auf denen diese Umorientierung beruhen muss. Egal, wie die Regierung aussehen wird, die Problemlagen sind benannt und die Weichen müssen entsprechend gestellt werden. Wir unterstützen die neue Regierung gerne dabei.

Dietmar Hexel
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

Energiewende auf Spur bringen: Forderungen des DGB zur Energiepolitik

In der vergangenen Legislaturperiode wurde die Energiewende von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossen. Große Aufbruchstimmung war zu spüren. Allerdings wurden viele Baustellen nicht angepackt, so dass der Handlungsdruck für die neue Bundesregierung stark angewachsen ist. EEG-Reform, Strommarktdesign, Wärmewende und nicht zuletzt auch die Frage der sozialen Gestaltung der Energiewende stehen auf der Tagesordnung.

Auch wenn die Energiewende nach wie vor von der Bevölkerung unterstützt wird, hat sich die öffentliche Debatte um 180 Grad gedreht. Mittlerweile werden nur noch Risiken und Schattenseiten des Umbaus thematisiert. Dass es riesige Chancen gibt, wird immer stärker ausgeblendet.

Die neue Bundesregierung muss deshalb stärker als die vorherige an einem Strang ziehen und die Chancen des Umbaus in den Mittelpunkt stellen. Es wird darauf ankommen, die vorhandenen Interessengegensätze zu moderieren und ein stimmiges Gesamtkonzept zu entwerfen. Kurzum: Die Politik muss die Energiewende wieder auf Spur bringen.

Handlungsfeld 1: Energiewende vorantreiben und sozial gestalten

Eine wesentliche Aufgabe der Politik muss es sein, die zahlreichen losen Enden in der Energiepolitik besser zu bündeln und das Vertrauen von potentiellen Investoren und Akteuren wieder herzustellen. Dabei wird es auch auf eine bessere Verzahnung mit den europäischen Nachbarländern ankommen.

Investitions- und Planungssicherheit bleiben unverzichtbar und sind in den letzten vier Jahren sichtlich auf der Strecke geblieben. Denn Zick-Zack-Kurse und Hau-Ruck-Aktionen vernichten Branchen und Arbeitsplätze. Ohne Vertrauen in

die Rahmenbedingungen werden viele Investitionen in Windparks, Kraftwerke oder Netze fallengelassen.

Eine erfolgreiche Energiewende ist sozial. Dazu gehören eine aktive Gestaltung des Strukturwandels, Ausbau und Erhalt von Arbeitsplätzen, Gute Arbeit in den neu entstandenen Industrien, eine Stärkung der Partizipation der Zivilgesellschaft, bezahlbare Energiepreise und eine faire Kostenverteilung.

Auch in Zeiten der Veränderung brauchen wir bezahlbare Energie für alle! Gleichzeitig müssen alle Verbrauchergruppen einen fairen Beitrag zur Energiewende leisten. Eine faire Lastenteilung setzt voraus, dass ein öffentliches Bewusstsein für Verbrauchergruppen entsteht, die von steigenden Kosten besonders betroffen sind. Transparente, sachgerechte und zielgerichtete Ausnahmeregelungen für die energieintensive Industrie sind deshalb ebenso unerlässlich wie ein Aktionsprogramm für einkommensarme Haushalte. Dieses muss aus kostenlosen Energieberatungsangeboten, einer Anpassung der Transferleistungen (ALG II, BAföG, etc.) und einer Investitionsprämie für energieeffiziente Haushaltsgeräte bestehen. Um private Stromkunden zu entlasten, muss der Staat zudem auf das Mehrwertsteuervolumen bei der EEG-Umlage verzichten. Zudem sollte eine soziale Strompreisgestaltung mit einer progressiven Stromsteuer auf ihre Machbarkeit und Wirkung hin untersucht werden.

Der Energieumstieg soll neue Arbeitsplätze dauerhaft sichern. Deshalb ist die Entwicklung eines „industriepolitischen Gesamtkonzeptes" für die Branchen der erneuerbaren Energien wichtig, um Technologieführerschaft und Exportchancen der Unternehmen zu erhalten.

Handlungsfeld 2: Dynamischen Ausbau der erneuerbaren Energien absichern

Die erneuerbaren Energien sollen zur tragenden Säule der Energieversorgung werden. Deshalb muss ihr Ausbau weiterhin dynamisch, kosteneffizient und planungssicher erfolgen. Allerdings ist eine Weiterentwicklung des erfolgreichen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) notwendig. Die künftige Förderung muss den steigenden energiewirtschaftlichen Anforderungen gerecht werden, die sich aus dem wachsenden Ökostrom-Anteil am Strommix ergeben. Wir brauchen mehr erneuerbare Energien, die auch mehr Verantwortung für das Gesamtsystem übernehmen müssen!

Die Vergütung für Neuanlagen sollte neben einem fixen Vergütungsbestandteil auch aus einer börsenpreisabhängigen Komponente bestehen, um Anreize für eine bedarfsgerechte Einspeisung auch im Verbund von Anlagen zu bieten. Eine modifizierte Abschaltregelung beim Einspeisemanagement von regenerativen Kraftwerken sollte zudem Anlagenverbünde begünstigen, die zur Systemstabilität beitragen können und damit fossile Must-run-Kapazitäten ersetzen.

Um die Kosteneffizienz des Zubaus zu verbessern, sollten die fixen Vergütungen auch künftig an die Lernkurven der Technologien und Standorte der Anlagen angepasst werden. Auch eine werthaltigere Vermarktung des Ökostroms ist sinnvoll, weg von den Übertragungsnetzbetreibern, hin zu den Anlagenbetreibern oder Vertrieben, für die der Verkauf von Strom zum Kerngeschäft gehört.

Handlungsfeld 3: Den Strommarkt der Zukunft entwickeln – Versorgungssicherheit gewährleisten!

Die erneuerbaren Energien verändern nicht nur die technischen Grundlagen der Energieversorgung, sondern auch die wirtschaftlichen. In Deutschland haben sich Windkraft und Photovoltaik in den letzten Jahren als eindeutige Sieger des Technologiewettbewerbs bei den erneuerbaren Energien herauskristallisiert.

Im Gegensatz zu Biomasse-Anlagen oder fossilen Kraftwerken, liefern sie Strom jedoch nach Wetterlage. Diese Strommengen sind zwar immer besser prognostizierbar, stehen jedoch nicht immer ausreichend zur Verfügung. Um die Versorgungssicherheit trotz sich ändernder Erzeugungsstruktur zu gewährleisten, ist es erforderlich, ein neues Strommarktdesign zu entwickeln. Dieses muss künftig auch die Bereitstellung gesicherter Leistung honorieren.

Neben konventionellen Kraftwerken können auch Lastmanagement, Market Coupling oder Speicher gesicherte Leistung bereitstellen. Der DGB fordert, dass unmittelbar nach der Regierungsbildung ein konkreter Fahrplan für die Umsetzung erarbeitet wird, der die einzelnen Schritte und Maßnahmen festlegt. Die gesetzlichen Grundlagen für ein neues Strommarktdesign müssen bis spätestens 2015 geschaffen werden.

Handlungsfeld 4: Neue Infrastruktur für neue Energien nötig

Stromnetze sind die Herzschlagadern unserer Volkswirtschaft. Deshalb muss der Um- und Ausbau der Stromnetze hohe Priorität bekommen. Mit der vorausschauenden Netzentwicklungsplanung für die Übertragungsnetze wurden wichtige Meilensteine erreicht. Nun muss es darum gehen, die Umsetzung der identifizierten Projekte entschieden anzupacken. Für die Verteilnetze, in die der Großteil des Ökostroms eingespeist wird, müssen vergleichbare Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine vorausschauende Planung und bedarfsgerechte Erweiterung der Netze ermöglichen. Hier muss die Anreizregulierung angepasst werden, damit Zukunftsinvestitionen refinanziert werden können.

Insbesondere das Hin und Her um den Anschluss der Offshore-Windparks hat gezeigt, dass der Netzausbau nicht an der fehlenden Liquidität einzelner Unternehmen hängen bleiben darf. Vor diesem Hintergrund ist insbesondere für den Bereich der Übertragungsnetze die Schaffung einer Deutschen Netz AG unter massiver staatlicher Beteiligung sinnvoll. Diese soll den Ausbau und Betrieb der Netze bündeln und steuern.

Handlungsfeld 5: Effizienz stärken, Wärmewende einleiten

Die Energiewende umfasst nicht nur den Stromsektor und die Strompreise, auch wenn öffentlich meistens darüber gesprochen wird. Wichtiger sind vielmehr die Einleitung einer Wärme- und Verkehrswende sowie greifbare Erfolge bei der Energieeffizienz. Hier liegen enorme Chancen für Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Entwicklung der letzten Jahre hat jedoch gezeigt, dass es ohne hinreichende Rahmenbedingungen keine Effizienzrevolution geben wird. Hier muss die Politik ansetzen und die EU-Energieeffizienz-Richtlinie ambitioniert umsetzen, ohne die industrielle Produktion einzuschränken. Die Ziele der Energieeffizienz müssen mit konkreten Maßnahmen, wie beispielsweise einem Energieeffizienzfonds zur Förderung betrieblicher Energieeffizienz, hinterlegt werden.

Zur Verdopplung der Sanierungsrate ist eine Verstetigung und Aufstockung der Mittel für die energetische Gebäudesanierung auf 5 Mrd. Euro pro Jahr notwendig. Für den Wärmebereich muss die Politik endlich vergleichbare Weichenstellungen vornehmen wie im Strommarkt: Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien müssen Vorfahrt bekommen. Das Marktanreizprogramm für erneuerbare Wärme muss aufgestockt und verstetigt werden.

Autor: Frederik Moch

Zeit zum Handeln: Forderungen des DGB zur Verkehrspolitik

„Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem!" lautet ein oft fallender Satz zwischen Verkehrsexperten. In der neuen Legislaturperiode stehen dringende Entscheidungen und deren Umsetzungen in verschiedenen Bereichen der Verkehrspolitik an. Mit „Reförmchen" wie in den letzten vier Jahren lassen sich die Probleme nicht lösen. Rahmenbedingungen müssen geändert werden, damit Mobilität in Deutschland zukunftsfähig und nachhaltig sein kann.

Handlungsfeld 1: Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur

Die Diagnose ist eindeutig. Es bröckelt vor sich hin. Immer mehr Verkehrswege und Brücken werden zur Zumutung oder gänzlich unpassierbar. Das schadet Wirtschaft und Beschäftigung sowie Umwelt und Klima. Ohne massive Investitionsmittel kann der Substanzverzehr nicht aufgehalten werden. Vor der Wahl haben sich alle Parteien für die Erhöhung des Investitionsetats des Bundesverkehrsministeriums ausgesprochen. Nun wird sich zeigen, wie ernst dies gemeint war.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sprechen sich für eine Investitionsoffensive für Verkehrsinfrastruktur mit ausreichenden Mitteln und zielführenden Instrumenten aus. Den Investitionsstau auflösen, deshalb sind 7,2 Milliarden Euro für die nächsten 15 Jahre zum Erhalt der Verkehrswege notwendig. Aber auch zur Engpassbeseitigung muss für den Neu- und Ausbau der Verkehrswege mehr in den Bundesetat des Verkehrsministeriums eingestellt werden. Die CSU darf sich nicht mit ihrer Forderung nach einer Pkw-Maut durchsetzen. Da die Einführung ausschließlich für Ausländer europarechtlich nicht durchsetzbar ist, würde sie am Ende alle Autofahrer und besonders die Pendler treffen. Arbeitnehmer mit kleinem Einkommen würde eine zusätzliche Belastung für Mobilität hart treffen. Der DGB spricht sich gegen jede Form der Pkw-Maut aus.

Handlungsfeld 2: Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Nach der Bundestagswahl müssen zügig kreative und schnell wirkende Lösungen für die kommunale Verkehrsinfrastruktur und den ÖPNV entwickelt werden. Es muss eine Kommission eingesetzt werden, die eine Nachfolgeregelung für die Entflechtungsmittel ab 2020 erarbeitet. Um den ÖPNV-Investitionsrückstau abzubauen, brauchen wir ein Infrastrukturrettungsgesetz.

Für Instandhaltung werden 600 Millionen Euro pro Jahr benötigt und für Erneuerungen im ÖPNV 330 Millionen Euro pro Jahr. 2014 steht die Revision der Regionalisierungsmittel an. Entscheidungen über die Höhe und die Verteilung auf die Bundesländer müssen getroffen werden. Um den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zu erhalten, muss die Dynamisierung der Regionalisierungsmittel auf 2,5 Prozent pro Jahr erhöht werden.

Handlungsfeld 3: Masterplan Mobilität

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern das Verkehrsministerium auf, auf breiter gesellschaftlicher Basis einen „Masterplan Mobilität" zu erarbeiten. In dem Masterplan müssen Ziele, Maßnahmen und Umsetzungsstrategien für die Mobilität der Zukunft festgelegt werden. Die Rolle aller Verkehrsträger muss darin je nach ihren spezifischen Stärken definiert und alle politischen Maßnahmen müssen auf die Ergebnisse dieser Analyse ausrichtet werden.

Eine Strategie für die Mobilität der Zukunft vernetzt alle Verkehrsträger, stellt dazu die passende Infrastruktur und die nötigen Kapazitäten bereit und bringt die Nutzung effizienter Technologien und Kraftstoffe sowie die Verlagerung von Verkehr auf umwelt- und klimaverträgliche Verkehrsmittel voran. Verkehrsinfrastrukturpolitik ist ein wesentlicher Bestandteil eines „Masterplans Mobilität" und macht einen nächsten Bundesverkehrswegeplan, welcher nur weitere nicht finanzierbare Investitionsvorhaben enthält, überflüssig.

Handlungsfeld 4: Gute Arbeit in der Verkehrswirtschaft

Auch in der Verkehrsmittelproduktion, im Verkehrswegebau und bei den Mobilitätsdienstleistungen gilt für uns die Aussage „besser statt billig". Damit Deutschland seine Vorreiterstellung behält und sogar Leit- und Referenzmarkt für zukunftsfähige Mobilitätssysteme werden kann, müssen Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen in der Verkehrswirtschaft gesichert werden. Denn nur mit motivierten Beschäftigten und deren Wissen und Fähigkeiten kann Qualität und damit Wettbewerbsfähigkeit erhalten werden. Soziale Aspekte und Arbeitnehmerschutz müssen bei Marktöffnungen und wettbewerblichen Ausschreibung berücksichtigt werden. Dies gilt bei allen Ausschreibungen im ÖPNV, aber auch beim Bau, Erhalt und Ausbau von Verkehrsinfrastruktur sowie beim 4. Eisenbahnpaket der EU.

Der nächste Bundesverkehrsminister oder die erste Bundesverkehrsministerin braucht Mut und Gestaltungskraft, um unbequeme politische Verhandlungen durchzuhalten, auch unpopuläre Entscheidungen umzusetzen und gegenüber den Begehrlichkeiten des Finanzministeriums harte Kante zu zeigen.

Autorin: Marion Jungbluth

Zurück zur Industrie: Debatte zur europäischen Industriepolitik

Die Europäische Union hat die Industriepolitik für sich entdeckt. Im Rahmen der Europa-2020-Strategie möchte die EU-Kommission den Anteil der Industrie an der Wertschöpfung steigern. Aktuell wird nun auch im Europäischen Parlament ein Bericht zur Reindustrialisierung Europas vorbereitet, der am 9. Dezember im Plenum zur Beratung ansteht.

Europa hat in den letzten Jahren einen massiven Prozess der De-Industrialisierung durchlaufen. Im Zuge dieses Prozesses ging in der EU der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung zwischen 2000 und 2012 von 18,5 auf 15,2 Prozent zurück. Nur in Deutschland blieb der Anteil deutlich höher. Deutschland ist dem europäischen Entwicklungspfad daher nur bedingt gefolgt und hat stärker als andere europäische Länder seine industrielle Basis erhalten.

Die neue europäische Industriepolitik

Der hohe Anteil der Industrie und industrienahen Dienstleistungen in Deutschland gilt heute als einer der wesentlichen Faktoren für die aktuell starke Position der deutschen Volkswirtschaft. Die Stärkung der Industrie gilt deshalb für viele inzwischen wieder als Weg zu mehr ökonomischer Stärke in Europa. Daraus möchte nun die Europäische Kommission die Konsequenz ziehen, die Industrie im europäischen Raum wieder zu stärken. Zur Umsetzung ihrer neuen Industriepolitik hat die EU-Kommission inzwischen zwei Mitteilungen herausgegeben, die neuere im Oktober 2012 (vgl. Wendepunkte Nr. 3 vom 5. November 2012). Darin wird das Ziel formuliert, den Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung in der EU bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen.

Als Weg dorthin sollen die Rahmenbedingen verbessert werden, während die eigentliche Umsetzung den privaten Märkten überlassen bleiben soll. Als industriepolitische Instrumente soll es Förderungen von sechs teils technologischen, teils branchenbezogenen Bereichen geben, etwa durch öffentlich-private Partnerschaften oder Infrastrukturinvestitionen. Ein großer Schwerpunkt liegt darauf, den europäischen Binnenmarkt zu vertiefen und eine liberale Handelspolitik zu betreiben, um so neue Märkte zu erschließen. Zur verbesserten Kapitalversorgung sollen europäische Instrumente, so die Europäische Investitionsbank (EIB) oder die zum Programm „Horizont 2020“ zusammengefasste Forschungsförderung, eingesetzt werden.

Allein im Haushaltsjahr 2014 will die EU-Kommission 15 Mrd. Euro für die Leitinitiative Industriepolitik im Rahmen ihrer Europa-2020-Strategie ausgeben.

Der Bütikofer-Bericht

Die Debatte zur Industriepolitik wird inzwischen auch im Europäischen Parlament (EP) geführt. Zur Ergänzung und Erweiterung der Kommissionsmitteilungen berät das EP derzeit einen eigenen Bericht „über die Reindustrialisierung Europas zwecks der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit“ (Drucksache 2013/2006(INI)). Berichterstatter ist der deutsche Abgeordnete Reinhard Bütikofer, der den Bericht am 26. August in der Vertretung der EU in Berlin vorstellte.

In Bütikofers Berichtsentwurf wird die industriepolitische Strategie der Kommission unterstützt. Bütikofer folgt der Kommission in dem Ziel, die Industrie zu stärken und darin, dass es für die Politik um die Setzung von Rahmenbedingungen geht. So betont er, Industriepolitik sei als umweltbewusste Ordnungspolitik zu verstehen, die „kein Mikromanagement“ zu betreiben habe, sondern private Investitionen begünstigen soll.

Zugleich verschiebt Bütikofer die Betonung stark in Richtung des ökologischen Wandels. So empfiehlt er eine Industriepolitik zur „Erneuerung der Industrie für ein nachhaltiges Europa“ („Renaissance of Industry for a Sustainable Europe“ – RISE) und bezeichnet Energie- und

Ressourceneffizienz als „zentrale Bausteine einer solchen Strategie". Industrielle Wettbewerbsfähigkeit solle von der „Vision der Nachhaltigkeit" geleitet sein. Ziel sei eine europäische Exportstrategie für ressourcen- und energieeffiziente Technologien.

Das von der Kommission gesetzte Ziel, den Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes auf 20 Prozent zu steigern, wird in dem Bütikofer-Bericht relativiert, indem es als Richtvorgabe empfohlen wird, die den ökologischen 20-20-20-Zielen der EU-2020-Strategie[1] angepasst werden muss.

Die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen wird in dem Bütikofer-Papier zusätzlich als wichtiges Handlungsfeld genannt. So soll deren Kapitalversorgung verbessert werden, auch durch neue Instrumente wie Crowd funding. Für die Verbesserung der Humanressourcen werden über die Kommissionsmitteilung hinaus gehende Vorschläge zur Verbesserung der Ausbildungssysteme gemacht, die sich auch an die Mitgliedsstaaten richten. In diesem Bereich fordert Bütikofer auch eine Einbeziehung der Sozialpartner, einen intensiveren sozialen Dialog und die Demokratisierung der Arbeit.

Ein starkes Gewicht legt Bütikofer auf das Problem der Finanzierung von Unternehmen in südeuropäischen Ländern, die aufgrund der Krise derzeit unter dem schlechten Zugang zu Kapital leiden. Anreize für Investitionen in diesen Ländern sollten verbessert werden. Weiter werden als Hilfe für die Krisenländer mehr Investitionen in die infrastrukturelle Anbindung gefordert.

Die Position des DGB

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Gewerkschaften treten für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft ein. Dieser soll die industriellen Kerne erhalten und zugleich den Wandel zu nachhaltigen Produkten und Produktionsverfahren sozial und ohne beschäftigungspolitische Verwerfungen gestalten. Sicherung von Beschäftigung und die Schaffung Guter Arbeit sind für den DGB entscheidende Ziele, die im Kern eines industriepolitischen Ansatzes stehen müssen.

Nach den Verwerfungen der Finanzkrise ist eine Stärkung der Realwirtschaft dringend erforderlich, um die europäische Wirtschaft auf eine stabile Grundlage zu stellen. Anders als die EU-Kommission und anders als Bütikofer geht der DGB aber davon aus, dass es nicht ausreicht, dass der Staat lediglich Rahmenbedingungen für den Wandel setzt. Stattdessen muss die Industriepolitik diesen Wandel aktiv gestalten.

Der DGB unterstützt die Vorschläge der Kommission zur Förderung von Investitionen in nachhaltige Technologien, plädiert aber dafür, weiter zu gehen. Notwendig ist eine Industriepolitik, die Forschung und Investitionen auf den sozial-ökologischen Wandel hin ausrichtet. Dabei darf sich Industriepolitik nicht auf einzelne „grüne" Branchen beschränken, sondern muss alle Wirtschaftszweige und die gesamten Wertschöpfungsketten in den Blick nehmen und durch Innovationen ökologisch modernisieren.

Zugleich betont der DGB die entscheidende Rolle der Beschäftigten als Träger der Innovationen in den Betrieben. Dieser Aspekt wird von der Kommission und bei Bütikofer zu wenig berücksichtigt. Die Beteiligung der Beschäftigten, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften am technologischen Wandel und an allen industriepolitischen Weichenstellungen ist für den Erfolg der sozial-ökologischen Wende wichtig.

Die erste Lesung des Bütikofer-Berichts im Plenum des Europäischen Parlaments ist für den 9. Dezember 2013 geplant.

Zum Weiterlesen:
Die Mitteilung der EU-Kommission zur Industriepolitik (2012) finden Sie hier

Den Bütikofer-Bericht zur europäischen Industriepolitik finden Sie hier

Autor: Dr. Ingmar Kumpmann

[1] Nach den 20-20-20-Zielen sollen bis 2020 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 20 Prozent gesenkt, der Anteil erneuerbarer Energien auf 20 Prozent erhöht und die Energieeffizienz um 20 Prozent gesteigert werden.

Plattform

DGB-Pressemitteilung „Ökostromausbau sichern – Erneuerbare Energien Gesetz weiterentwickeln" vom 05.09.2013: Die Monopolkommission empfiehlt in ihrem aktuellen Gutachten eine Abkehr von der Ökostromförderung. Das geht „an der Realität vorbei", sagt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Es brauche keine Ablösung, sondern eine Weiterentwicklung des Erneuerbare Energien Gesetzes… weiterlesen

EEG kein Sündenbock, erneuerbare Energien weiter fördern vom 15.10.2013: Der erneute Kostenanstieg beim Strom gibt Grund zur Sorge. Doch es sei grundfalsch, die erneuerbaren Energien zum Sündenbock zu machen, sagt Dietmar Hexel zur Veröffentlichung der EEG-Umlage durch die Übertragungsnetzbetreiber weiterlesen

Link zur Energieseite des DGB und zum Interview von Dietmar Hexel über die Entwicklung der Strompreise.

DGB-Bundesvorstand, Abteilung Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik
Verantwortlich: Dietmar Hexel, Henriette-Herz-Platz 2 10178 Berlin